

Halle verkauft Wohnungen

6000 Quartiere betroffen / Linkspartei stimmt im Stadtrat zu

Von Matthias Gärtner

Die Stadt Halle macht ernst. Um das städtische Haushaltsdefizit von 300 Millionen Euro abzubauen, hat der Stadtrat jetzt ein Konsolidierungskonzept beschlossen. Den Löwenanteil sollen dabei die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen schultern.

Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat von Halle ein Konsolidierungskonzept gebilligt, welches vorsieht, dass das Defizit von 300 Millionen Euro spätestens bis zum Jahr 2012 ausgeglichen ist. Den größten Beitrag sollen die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen leisten.

Vorgesehen ist, dass sie allein 214 Millionen Euro beisteuern. Neben der Ausschüttung von Gewinnen und dem Abbau von Rücklagen sollen von den 33 000 kommunalen Wohnungen zirka 6000 veräußert werden. Zudem ist geplant, jeweils 25 Prozent der Geschäftsanteile

der beiden Gesellschaften zu verkaufen. Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) betonte, dieser Befreiungsschlag sei notwendig, um wieder handlungsfähig zu werden.

Insbesondere bei der LINKEN gab es über die Frage des Verkaufs kommunalen Wohnungseigentums intensive Diskussionen. Bereits vor Monaten hatte man in einem Beschluss Wohnungsverkäufe nicht mehr grundsätzlich abgelehnt. Das wurde nunmehr auf einem Parteitag kurz vor der Entscheidung des Stadtrates präzisiert. Beschlossen wurde, dass beim Kauf von Wohnungen internationale Fonds ausgeschlossen sind. Bei einem notwendigen Verkauf von Wohnungen soll laut Beschluss der Käuferkreis auf regionale Unternehmen, insbesondere Wohnungsgenossenschaften, begrenzt werden.

Mit dieser Forderung konnte sich die Linkspartei im Stadtrat

aber nicht durchsetzen. Trotzdem fand das Konsolidierungskonzept mit Zustimmung der LINKEN eine große Mehrheit, da ein Kauf von kommunalen Wohnungen durch sogenannte Heuschrecken vom Rat abgelehnt wurde. Die Zustimmung wird von der Linkspartei insbesondere damit begründet, dass man auch weiterhin dafür sorgen will, dass die Stadt Halle freiwillige Leistungen in sportlichen, kulturellen und sozialen Bereichen finanziert. Man wolle das Schlimmste für die Bürger verhindern.

Das konnte die 200 Mitarbeiter der beiden Wohnungsunternehmen, die vor und im Rathaus demonstrierten, nicht beruhigen. Sie lehnen Verkäufe ab und befürchten einen Ausverkauf in der Saalestadt. Zudem erwarten sie bei einem möglichen Verkauf den Anstieg der Mieten und den Verlust ihrer Arbeitsplätze.